

## Die Rede von Wolfgang Däubler am 1. Mai 2015 in Tübingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Demo am 1. Mai hat eine lange Geschichte. 1890, vor 125 Jahren, gab es zum ersten Mal massenhafte Demonstrationen in Deutschland. Das war für die Teilnehmer gefährlich, denn der 1. Mai war ein gewöhnlicher Arbeitstag. Man musste die Arbeit niederlegen, um dabei zu sein. Die damalige SPD plädierte im Reichstag gegen einen allgemeinen Streik, weil sie – wie es rückblickend heißt – „ihren wachsenden Einfluss nicht gefährden wollte.“ Damals war Gabriel noch nicht geboren, aber der Geist der Erklärung klingt sehr vertraut.

1890 hätten hier vermutlich Wasserwerfer gestanden; heute ist der OB ein Grüner und hält ein Grußwort. Und der 1. Mai ist ein Feiertag – zum ersten Mal war dies übrigens 1919 der Fall; später fehlte es dann an der notwendigen Mehrheit in der Weimarer Nationalversammlung. Seit Gründung der Bundesrepublik hat jeder das Recht, zu einer Mai-Demonstration seiner Wahl zu gehen.

Der sichtbare Fortschritt darf nicht über die aktuellen Probleme hinwegtäuschen.

Unsere Gesellschaft ist immer ungleicher geworden. Der eine wird gewissermaßen mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere bekommt Einheitskost. Der eine wächst in einer harmonischen Familie auf, wo man Zeit für ihn hat und ihm Anregungen gibt, der andere ist ein wenig geliebtes Schlüsselkind. Wer aus den unteren Einkommenschichten kommt, hat wenig Chancen, auf die Uni zu gelangen und später einen attraktiven Job zu finden. Das alles hat die Studentenbewegung schon vor vierzig Jahren kritisiert. Zum Positiven geändert hat sich seither nichts.

Neben den USA haben wir den größten Niedriglohnsektor; fast ein Viertel aller Arbeitenden ist von Armut bedroht. 4,5 Millionen verdienten letztes Jahr weniger als den Mindestlohn von 8,50 Euro. Das wirkt sich auch auf alle übrigen aus: Die Reallöhne sind über viele Jahre hinweg gesunken. Ende 2014 war erstmals wieder das Bruttolohnniveau überschritten, das man schon im Jahr 2000 erreicht hatte. 1,4 % betrug der Zuwachs – stolze 0,1 % pro Jahr. Im Gegensatz dazu waren die Unternehmergewinne und die Einkommen aus Vermögen im selben Zeitraum um 60 % gestiegen. Das ist natürlich kein Verstoß gegen das

Gleichheitsprinzip, dem es ja nur darum geht, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Und wer seine Häuser und seine Aktien hat, ist nun mal was anderes als der, der nur über seine Arbeitskraft verfügt. Das ist die Logik, die man in den meisten Zeitungen liest und die Übrigens auch den jungen Juristen eingetrichtert wird.

Aber die Menschen in unserem Land spüren, dass da irgendwas nicht stimmt. Eine Forschergruppe von der FU Berlin hat im letzten Jahr eine Untersuchung über sog. linksradikales Denken in der Bundesrepublik gemacht. Von den Ergebnissen waren sie einigermaßen schockiert. Die Aussage „Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ fand 42 % Zustimmung. Das war für die Experten recht enttäuschend. Aber es kam noch schlimmer. Die These: „Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“ stimmten 61 % der Befragten zu. Die Bundeskanzlerin hat mal von „marktkonformer Demokratie“ gesprochen und sie fand das gut. Aber das ist nicht die Demokratie des Grundgesetzes!

Trotz aller Dominanz der Wirtschaft können die Bürger das eine oder andere entscheiden. Die Bremer entscheiden z. B. bei der Wahl darüber, ob die Entsorgung wieder von der öffentlichen Hand übernommen wird. Und immerhin ist es im Grundsatz möglich, sich von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken zu verabschieden. Ein Stück Demokratie ist also geblieben. Doch damit soll nun auch bald Schluss sein.

TTIP kommt mit einem ganz harmlosen Namen daher: Transatlantische Partnerschaft für Handel und Investitionen. Klingt doch gut, kann keiner dagegen sein. „Freihandelsabkommen mit den USA“ sagt man kürzer; wer spricht sich denn gegen „freien Hfandel“ aus? CETA enthält im Verhältnis zu Kanada ganz ähnliche Regeln. Allerdings kennt sie kaum jemand. Über 1500 Seiten hat der Vertragsentwurf, die Anlagen und Erläuterungen noch gar nicht alle mitgerechnet. Das Ganze auf Englisch. Dass der Normalbürger da nicht mitreden kann, ist sowieso klar. Aber auch die Experten müssen fast alle kapitulieren: Man muss schon ein geradezu pathologischer Freund des Bürokraten-Englisch sein, um sich das wirklich anzueignen. Und lange war auch dieser Entwurf eine geheime Kommandosache.

Inhaltlich hat die Sache einen ziemlich großen Haken: Den Investoren werden die Bedingungen auch für die Zukunft garantiert, die sie bei ihrer Investition vorfinden. Wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden, müssen sie aber nicht wie normale Bürger vor ein

staatliches Gericht ziehen. Sie können Schiedsgerichte in Washington bemühen, die für Streitigkeiten zwischen einem Staat und einem Investor vorgesehen sind. Dort gibt es nur eine Instanz, und Anwälte aus der Wallstreet spielen eine große Rolle.

Mehr Umweltschutz, bessere Mitbestimmung – das geht nicht mehr, weil die Unternehmen damit nicht rechnen mussten. Genauso wenig kommt eine Rekommunalisierung bestimmter Betriebe in Betracht. Geschieht es trotzdem, muss der Staat Schadensersatz bezahlen.

Venezuela wurde beispielsweise zu 1 Milliarde Dollar Schadensersatz verurteilt. Das war sogar noch eine Art von Kompromiss, weil eine Ölgesellschaft 50 Milliarden verlangt hatte. Derzeit klagt Vattenfall gegen die Bundesrepublik und verlangt wegen der Energiewende 5 Milliarden Euro – Grundlage ist die sog. Energiecharta, die für ausländische Investoren den Weg zu den Schiedsgerichten frei gibt.

Was bleibt für den Bürger, wenn TTIP kommt? Er wird zum Untertan wie in der Monarchie, weil den Parlamenten die Hände gebunden sind. Allerdings hat man keinen Kaiser oder König, den man verantwortlich machen und notfalls ins Exil schicken könnte. Man ist dem schwer fassbaren Interesse des Großkapitals unterworfen, für das kein konkreter Mensch und keine konkrete Institution stehen. Die vorhin genannte Untersuchung nahm in ihre Befragung auch die These auf: „Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution“. 20 % der Befragten stimmten dem zu. Wenn TTIP kommt, wird sich dieser Satz nach meiner Einschätzung mindestens verdoppeln.

Wir haben in den letzten Monaten des Öfteren Streiks erlebt. Die Lokführer lassen nicht locker – kein Wunder, wenn man 2.300 Euro brutto verdient und davon eine Familie ernähren soll. Die Medien machen aus dem GDL-Chef einen Bürgerschreck; wenn er sauer ist, dann ist er „verbiestert“, wenn er lacht, dann ist das angesichts der ernststen Lage empörend. Ein richtiger Bösewicht, wie er im Bilderbuch steht. Viele Mitbürger sind auch noch nicht daran gewöhnt, dass mal ein Zug ausfällt. So langsam entsteht aber das Bewusstsein, dass das Streikrecht ein Bürgerrecht ist – nicht anders als das Demonstrationsrecht. Auch Demonstrationen können mal „lästig“ sein, weil man einen Umweg fahren muss oder weil man das für Blödsinn hält, was auf den Transparenten steht. Aber so viel Toleranz muss man aufbringen. Und ohne Streik hätten wir noch heute keinen gesetzlichen Acht-Stunden-Tag und keine Mitbestimmung, ohne Streikrecht gibt es keinen sozialen Fortschritt.

Gleichzeitig versucht der Gesetzgeber, der GDL die Gewerkschaftsrechte zu nehmen. Der Gesetzentwurf der Großen Koalition über die Tarifeinheit lässt nur noch den Tarifvertrag gelten, den die Gewerkschaft mit der größeren Mitgliederzahl im Betrieb abgeschlossen hat. Wer in der Minderheit ist, kann keinen wirksamen Tarif mehr abschließen; man kann sich an den fünf Fingern einer Hand abzählen, dass auch ein Streik um einen solchen Tarif von den Arbeitsgerichten als nutzlos und deshalb unverhältnismäßig angesehen wird. Die GDL hat nur eine Chance: Sie kann einen Tarifvertrag erreichen, der ihr Vertretungsrecht für das ganze Zugpersonal und die Rangierlokführer festschreibt. Der würde auch unter dem kommenden Gesetz Bestand haben. Die Bahn will das nicht, und deshalb geht der Konflikt weiter. Mit ihrem Gesetzentwurf gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer.

Von dieser praktisch-politischen Seite einmal abgesehen: Das Grundgesetz verbietet es, einer Gewerkschaft das Verhandlungsrecht und das Streikrecht zu entziehen und sie so zum Bittstellerverein zu machen. Das verstößt gegen die Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG. Und das betrifft nicht nur die GDL, sondern auch andere Gewerkschaften, nicht zuletzt verdi. Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass im Metallhandwerk da und dort die Christlichen Gewerkschaften mit heimlicher Unterstützung des Arbeitgebers Mitglieder sammeln und sich plötzlich als die zahlenmäßig stärkere Organisation herausstellen. Der Flächentarif für das Metallhandwerk ist dann weg – warum man in Frankfurt in dem Hochhaus mit dem IG-Metall-Zeichen das nicht gemerkt hat, weiß ich beim besten Willen nicht. Der Gesetzentwurf ist ein Mittel, um Zwietracht zu säen – wer gewinnt wohl, wenn die eine Gewerkschaft gegen die andere ausgespielt wird oder wenn sie gar gegeneinander kämpfen? Die Arbeitgeber können sich ins Fäustchen lachen, wenn ihnen eine sozialdemokratische Arbeitsministerin ein solches Geschenk macht. Bis eine Korrektur aus Karlsruhe kommt, dauert es bestimmt drei Jahre – in der Zwischenzeit ist viel Streit und viel Unsicherheit die Folge. Ob vielleicht im letzten Moment doch noch die Vernunft siegt? Ich bin da leider skeptisch.

In einigen Ländern Südeuropas ist man den Streit unter den überkommenen Organisationen satt. In Griechenland stellt Syriza die Regierung, eine relativ junge Partei. In Spanien hat „podemos“ drei Monate nach ihrer Gründung bei den Europawahlen 8 % erreicht. Nach einzelnen Umfragen liegt diese neue Gruppierung mittlerweile vor den Konservativen und vor den sog. Sozialisten. Wären derzeit Wahlen, hätte dieses Bündnis linker Kräfte alle Chancen, zur stärksten politischen Kraft zu werden. Immer mehr Spanier sind die Sparpolitik satt, die Arbeitsplätze vernichtet und der Jugend die Perspektive nimmt. Und natürlich werden die

führenden Repräsentanten der neuen Bewegung nach allen Regeln der Kunst madig gemacht. Einer von ihnen habe durch Beratung in Lateinamerika eine halbe Million Euro verdient – für einen richtigen Banker wären das „peanuts“, aber bei einem Linken ist das beinahe ein Verbrechen. Doch die Kritiker hatten Pech: Er hatte das Geld zwar verdient, aber insgesamt einem fortschrittlichen Fernsehsender zur Verfügung gestellt, der nicht von der Werbung leben konnte. Wäre so etwas auch bei uns denkbar? Vielleicht sollten wir auch mal von den Spaniern lernen.

Wenn es einmal gelingt, die Sparpolitik zu durchbrechen, entsteht wieder Hoffnung in der Gesellschaft. Einen Teil der Profite umzuverteilen und die Reichen zur Kasse zu bitten – das ist im Grunde eine bescheidene Utopie. Aber es kann der Anfang sein, wieder mehr über die wirkliche Utopie einer gerechteren Gesellschaft nachzudenken.

Wir werden in der Zukunft eine Perspektive dringender denn je brauchen. Die Digitalisierung der Arbeit macht täglich Fortschritte. Und das bedeutet: Wir sind fast alle auf dem Smartphone auch im Privatleben erreichbar. Die Arbeit okkupiert immer mehr das ganze Leben. Dagegen muss man sich wehren: Man muss Stoppschilder errichten, der Arbeitende muss zu bestimmten Zeiten sich selbst und seiner Familie gehören.

Doch das ist nicht alles. Immer mehr Tätigkeiten werden von Computern und Robotern ersetzt; im 3D-Druck werden bereits Autoteile produziert. Viele Aufgaben werden nach außen verlagert, nach außen heißt an die „crowd“, an die unübersehbare Zahl der Internet-Nutzer. Die sitzen irgendwo auf der Welt, z. B. in Indien, und erledigen Aufgaben für 2 Euro die Stunde. Das soll fast die Hälfte aller Tätigkeiten erfassen. Die Industrie 4.0 stellt uns vor völlig neue Herausforderungen.

Ein Soziologe verlangt einen neuen Sozialvertrag und er stellt fest: „Die wirtschaftliche Stabilität der Menschen ist zu einem öffentlichen Gut geworden.“ Wer von den neuen Techniken profitiert, muss dafür sorgen, dass auch die Verlierer ein auskömmliches Dasein behalten. Auf dieser These lässt sich aufbauen, das muss man konkret umsetzen.

Dafür brauchen wir Solidarität in der Gesellschaft. Und das Bewusstsein, dass wir nicht alles mit uns machen lassen. Ohne den Menschen läuft auch in der Industrie 4.0 nichts. „Die da



oben“ brauchen uns. Wir müssen uns nicht verstecken. Wir können Geschichte schreiben – wir müssen es nur wollen. „Venceremos“ würde man in Spanien sagen – wir werden siegen.